

Der Hamburger FRAUEN NOTRUF nimmt Stellung zur Situation geflüchteter Menschen – insbesondere geflüchteter Frauen und Mädchen – in Deutschland und der EU

In Zeiten der Corona Pandemie muss Hamburg für angemessene Unterbringung und Versorgung geflüchteter Frauen und Migrantinnen sorgen!

Das neuartige Virus SARS-CoV-2 und seine rasche Ausbreitung stellt für die meisten Hamburger*innen eine große Herausforderung und ein hohes gesundheitliches und wirtschaftliches Risiko dar. Als Fachberatungsstelle für vergewaltigte Frauen und Mädchen wollen wir noch einmal auf die besondere Situation geflüchteter Frauen* in den Unterkünften aufmerksam machen.

Wir erkennen die bisherigen Bemühungen der Stadt Hamburg an, unter enormem Zeitdruck gute Lösungen für so viele Menschen zu finden, weitreichende Entscheidungen zu treffen und Hilfen bereit zu stellen. Dennoch finden wir in den Unterkünften für Geflüchtete teils untragbare Zustände vor, die mit besonderer Dringlichkeit verbessert werden müssen.

Sammelunterkünfte für Geflüchtete stellen gewissermaßen 24/7-Großveranstaltungen dar, welche deutschlandweit während der Corona Pandemie aus Gründen des Infektionsschutzes verboten wurden. In diesen Unterkünften ist es Frauen weder möglich, sich sozial zu distanzieren, noch – aufgrund fehlender Versorgung – die notwendigen Hygienemaßnahmen einzuhalten. Wir befürchten, dass Risikogruppen nicht identifiziert und damit keine notwendigen Schutzmaßnahmen eingeleitet werden.

Für traumatisierte geflüchtete Frauen ist zudem die besondere psychische Belastung durch die Corona-Krise zu beachten. Häufige Folgen von Traumatisierungen sind der Verlust jedes Gefühls von Sicherheit und Kontrolle sowie das Gefühl von Isolation. Um nach einer traumatischen Erfahrung psychische Stabilität aufbauen zu können, ist es unabdingbar, eine sichere Umgebung herzustellen, Kontrolle über das Leben zurückzugewinnen und zwischenmenschliche Kontakte und Vertrauen behutsam wiederaufzubauen. Es ist zu befürchten, dass fehlende Informationen, mangelnde Schutzmöglichkeiten vor einer Ansteckung mit dem neuartigen Corona-Virus, das Leben auf engem Raum mit vielen Menschen und eine Isolation durch Quarantäne in großen Unterkünften Traumafolgen verschlimmern können und hohe medizinische Risiken bergen. Auch die Kinderbetreuung in diesem isolierten Setting einer Massenunterkunft ist als kritisch zu bewerten und provoziert eine Überlastung. Ferner ist davon auszugehen, dass – <u>unabhängig</u> von Unterkunft oder Zuhause – Quarantäne und Isolierung zu einem Anstieg an Stress und Gewalt führt, wodurch Frauen und Kinder mehr Gewalt ausgesetzt sein könnten.

Der Hamburger FRAUEN NOTRUF schließt sich folgenden Forderungen an:

- Eine dezentrale Unterbringung und Verteilung sowie die Schaffung sicherer Orte insbesondere und unverzüglich für Frauen, die Risikogruppen angehören, traumatisierte Frauen und Frauen mit Kindern. Außerdem fordern wir die Aussetzung von Wohnsitzauflagen, sodass Frauen und Kinder die Möglichkeit haben sofern vorhanden bei Bekannten oder Angehörigen unter sichereren Bedingungen unterzukommen.
- Eine ausreichende Versorgung der Unterkünfte mit Hygieneartikeln wie Seife und Desinfektionsmittel und der Zugang und die Vermittlung von Informationen rund um das neuartige Corona-Virus in allen benötigten Muttersprachen. Außerdem eine hinreichende ärztliche Versorgung sowie die Ermittlung von Risikopatientinnen. An dieser Stelle sei auf die Strafanzeige des Bremer Flüchtlingsrats gegen die Sozialbehörden wegen Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz hingewiesen.



- Ein transparentes Konzept zum Krisenmanagement bei Corona-Infektionen und COVID-19 Erkrankungen in Unterkünften jenseits von Massenquarantäne. Dabei sind zeitweise Öffnungen von Hotels vielversprechende Maßnahmen, die in anderen Städten und Kontexten bereits erfolgreich umgesetzt wurden.
- Die Unterbringung, angemessene Versorgung und den Zugang zum Gesundheitssystem von Frauen, die illegalisiert in Deutschland leben, die eine Asyl-Anerkennung eines anderen EU-Landes haben und in Deutschland von Sozialleistungen ausgeschlossen sind und/ oder auf der Straße leben. Hier braucht es jetzt unbürokratischere Lösungen, um Zugang zu Sozial-und Krankenversicherung sowie zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten.
- Last but not least: Die Absichtserklärung, weiterhin Schutzsuchende aus den Flüchtlingscamps, Krisen- und Grenzgebieten aufzunehmen, tatsächlich **umzusetzen!** Es ist ein Skandal, dass Frauen und Kinder weiterhin vor Krieg und Armut fliehen und hier keinen Schutz erhalten können.

Das Team des FRAUEN NOTRUFS

Hamburg, den 08.04.2020